GSP.L-01-191

Kapitel 1: Lebensgrundlagen schützen

45. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
20. - 22. November 2020, Karlsruhe - DIGITAL

Antragsteller*in:	Kreisverband Friedrichshain-Kreuzberg
Beschlussdatum:	22.09.2020

Änderungsantrag zu GSP.L-01

Von Zeile 190 bis 192:
(86) Die Kosten des Übergangs sollen gerecht und solidarisch getragen werden. Dem Staat kommt hier eine relevante Aufgabe zu. Den Weg ~~in die ökologische Moderne nicht~~zu einer klimagerechten Gesellschaft zu gehen, würde noch wesentlich mehr kosten.

Begründung

Der Begriff der ökologischen Moderne ist verknüpft mit einem Konzept, das unbegrenztes Wirtschaftswachstum und den Markt als regulierende Kraft postuliert. Einzige Bedingung für Wachstum in der ökologischen Moderne ist eine Entkopplung von wirtschaftlicher Generierung von „Mehrwert“ und Klimaemissionen bzw. Rohstoffverbrauch. Es wird behauptet, dass man nur effizienter mit Rohstoffen wirtschaften müsse, um den Klimawandel zu stoppen. Damit steht es entgegen einer tatsächlichen Modernisierung unserer Gesellschaft und einer Neudefinition des Wohlstandsbegriffs. Durch Ausblendung von Komplexität wird geleugnet, dass zur Erreichung der Klimaziele ein Verzicht der Industriestaaten auf weiteres Wirtschaftswachstum und weiteren Konsum unausweichlich ist. Außerdem verlässt es sich komplett auf den Markt als Regulierungssystem für Klimapolitik oder „Marktversagen soll durch noch mehr Markt korrigiert werden“.